Klassenjustiz voraussichtlich, einem solchen Manöver, für den den sozialfaschistischen Kapitalistenlakaien selbst das vom Henkerbeil der Klassenjustiz bedrohte Leben eines Arbeiters gerade recht, ist.

Sozialfaschistische Demagogie um das Todesurteil gegen den Arbeiter Bartl

Es handelt sich dabei um das Leben des vom Chemnitzer Schwurgericht verurteilten Arbeiters Bartl, für dessen Freilassung inzwischen infolge der intensiven Mobilisation der Kommunisten eine breite Massenbewegung entfesselt wurde. In den Betrieben, an den Stempelstellen und in den proletarischen Massenorganisationen ist ein Sturm des Protestes und der Empörung gegen dieses Urteil ausgebrochen. Mit Protesttelegrammen und Protestentschließungen geben Tag um Tag gewaltigere Massen ihrem Kampfwillen für die Freilassung des Arbeiters Bartl unmißverständlichen Ausdruck. In den Resolutionen und Telegrammen heißt es immer wieder, daß die Arbeiter in dem ungeheuerlichen Urteil des Chemnitzer Gerichts den Ausdruck der allgemeinen Verschärfung des von der Bourgeoisie gesteuerten Kurses gegen die werktätigen Massen erkennen. Darum gewinnen auch die von den Arbeitern durchgeführten Protestdemonstrationen und die gegen dieses Urteil gefaßten Streikbeschlüsse erhöhte Bedeutung als jene außerparlamentarischen Kampfaktionen, durch deren Steigerung und ständige Verbreiterung allein der zum Tode verurteilte Arbeiter Bartl dem Henker entrissen werden kann.

Wenn die Kommunisten darüber hinaus in der soeben stattgefundenen Tagung des Sächsischen Landtages die in einem Antrage enthaltene Forderung, das Todesurteil an Bartl aufzuheben, erhoben haben, so um mit diesem Antrag dem Massenwillen der Arbeiter Nachdruck zu verleihen und den aus Betrieben und Arbeiterwohngebieten immer stärker anschwellenden Ruf: „Heraus mit Bartl aus dem Kerker!" auch von der Tribüne des Parlaments herab zu bekräftigen!

Um so empfindender und für die Rolle der Sozialdemokratie bezeichnender ist es, wenn der bisher von ihr gestellte Präsident des Sächsischen Landtages diesen Ruf brutal erstickte

und zur „Begründung" dieses schändlichen Tuns den von den Kommunisten gestellten Antrag als „ungültig" und „gegen bestehende Reichsgesetze verstoßend", hohnvoll zur Seite legte und nicht zur Beratung zuließ.

Die sozialdemokratische Presse von gestern gibt diese Ungeheuerlichkeit und Schamlosigkeit selbst zu, indem sie gesteht, daß „der sozialdemokratische Präsident im Interesse des zum Tode Verurteilten selbst (!), die Behandlung eines ungültigen Antrages ablehnen mußte". Sich bei solcher Schurkerei noch auf den vom Henker Bedrohten selbst zu berufen und seine „Interessenvertretung" zu heucheln, ist aber bei weitem immer noch nicht die Höhe sozialfaschistischer Erbärmlichkeit. Der bisherige sozialdemokratische Landtagspräsident Weckel versteigt sich vielmehr sogar dazu, die Abweisung des kommunistischen Antrages noch hohnvoll damit zu begründen, daß die Kommunisten „überhaupt noch nicht die Forderung auf Behandlung des Antrages in derselben Sitzung gestellt" hätten.

Mit diesen „Argumenten" versucht der Sozialfaschist Böchel in der gestrigen Dresdner Volkszeitung die Rückendeckung für das ganze Korps der Henker zu „rechtfertigen". Das hält die sozialdemokratischen Führer aber nicht davon zurück, im selben Moment und im selben Artikel zu erklären: „Die Sozialdemokratische Partei kämpft um das Leben kommunistischer Arbeiter."

In diesem Satze gipfelt jenes schon oben als schmutzig gekennzeichnete Manöver der sächsischen Sozialdemokratie, für das ihr das Leben des Arbeiters Bartl recht genug ist.

Worin besteht nun dieses Manöver?

Es besteht in einem erst kurz vor Beendigung der letzten Landtagssitzung von den Sozialdemokraten in jenem Moment eingereichten scheinheiligen Antrag, in welchem ihr Parteigenosse Weckel den Präsidentenstuhl nicht mehr zierte.

Erst in diesem Moment schwingt sich die Sozialdemokratie zu einem untertänigsten Appell an die Staatsanwaltschaft auf, das Urteil über Bartl „nachzuprüfen". Von der Freilassung Bartls ist dabei immer noch keine Rede. Der ganze Antrag ist nichts als eine (scheinheilige Geste — und auch dazu schwangen sich die Sozialdemokraten erst auf, weil die Massen sich in Bewegung befinden.

Als aber der Sozialdemokrat sich wenige Minuten zuvor noch im Präsidentenstuhl räkelte, da legte er den konsequenten Antrag der Kommunisten mit einem formellen Einwand und mit hohnvoller Gebärde zur Seite. Aber

noch andere weit wichtigere Tatsachen

kennzeichnen die schmutzigen Manöver der Sozialdemokratie um das Leben eines Klassengenossen der Arbeitermassen. So die Tatsache, daß die SPD-Presse die wegen des Urteils empörten und dagegen zum Kampf entschlossenen Arbeitermassen mit dem Hinweis auf die „Revision" und die „wahrscheinliche Begnadigung" immer wieder zu besänftigen versuchte.

Im übrigen las man in den sozialdemokratischen Zeitungen bislang nicht eine Zeile des Protestes gegen das Schreckensurteil oder auch nur eine Zeile der Information über die doch auch breite Kreise sozialdemokratischer Arbeiter erfaßte Protestbewegung.

So hat die Sozialdemokratie die außerparlamentarische Massenbewegung und ihre ständige Steigerung zu wirksamen außerparlamentarischen Aktionen nicht nur verschwiegen, sondern — wie sie das auch in allen anderen Fällen tut — vor solchen Aktionen durch den immer wiederkehrenden Hinweis auf Revision und Begnadigung „vorzubeugen" versucht.

Und lediglich weil das der Sozialdemokratie nichts mehr nutzt, weil die Welle der außerparlamentarischen Aktionen der Arbeitermassen über den Kopf der sozialfaschistischen Führer hinwegschlägt, versuchen sie durch verstärkte Manöver die Wucht und die Kraft dieser außerparlamentarischen Kämpfe der Massen zu mindern.

Es geht ihnen um eine Pfründe im Sächsischen Landtag.

In dieser Richtung liegt auch die im Zusammenhang mit diesem schmutzigen Manöver um die Freilassung Bartls entfaltete Hetze gegen die Kommunistische Partei, durch welche die Sozialfaschisten die Führerin der außerparlamentarischen Aktionen der Massen vor diesen herabzusetzen und in Mißkredit zu bringen versuchen.

Darum schreibt Böchel in der gestrigen Dresdner Volkszeitung Zeter und Mordio über ein „Neues Verräterstück der KPD" — über „Moskaus Hilfe für die Reaktion" und was es nicht sonst noch alles gibt.

Und warum das alles? Weil die kommunistische Landtagsfraktion bei der Wahl des Landtagspräsidenten für ihren eigenen Kandidaten stimmte. Da infolge der diesmaligen lakaienhaften Unterwerfung der Nationalsozialisten unter das Kommando der Hugenberger, in welcher sich die zunehmende Konzentration der faschistischen Kräfte der Bourgeoisie äußert, ein Deutschnationaler als Landtagspräsident gewählt wurde, schreien die Sozialdemokraten heiser in alle Welt hinaus: „Die Kommunisten haben das Präsidium an die Konterrevolution ausgeliefert".

Wie steht es nun damit? Die Kommunisten haben doch auch bisher schon für ihre eigene Kandidatur gestimmt. Ihre Haltung hat sich also in keiner Weise geändert. Eine Veränderung hingegen ist in den Kreisen der bürgerlich-faschistischen Reaktion in Erscheinung getreten, von der ein Teil bisher die sozialdemokratische Präsidentschaft im Sächsischen Landtag toleriert hat.

Denn der sozialdemokratische Landtagspräsident war ja immerhin ein dienstbeflissener Lakai der faschistischen Reaktion, wie die ganze sozialdemokratische Landtagsfraktion inklusive der sich am „Radau" entfaltenden Geister ständig als

eine Schar diensteifriger Helfer und treuer Stützen des Schiebregimes.

Wachsende Protestwelle gegen das Schreckensurteil

Neue Betriebsproteste gegen das Todesurteil

Am Freitag fand eine Belegschaftsversammlung der Werkstatt- und Hilfsarbeiter des Straßenbahnhofes Trachenberge, an der ca. 200 Arbeiter teilnahmen, statt. Einstimmig mit den Stimmen der anwesenden SPD-Arbeiter wurde eine Resolution angenommen, in der die Aufhebung des Todesurteils und die Zurücknahme der Strafverschärfung gegen unsere politischen Gefangenen gefordert wird.

Gegen die Stimmen von zwei Nazis nahm die **Belegschaft des Gaswerkes Dresden-Reick** eine Protestentschließung für die sofortige Aufhebung des Todesurteiles gegen den Arbeiter Bartl an.

Der Gesamtbetriebsrat der Zigarettenfabrik Bulgaria, Dresden, sowie eine **Betriebsversammlung der Firma Stengel & Co. in Dresden** fordern ebenfalls in Protestresolutionen, die an das Justizministerium gesandt wurden, die Aufhebung des Racheurteils gegen den Antifaschisten Bartl.

Aehnliche Resolutionen wurden in den Betrieben **Schlüter und Kremer in Elmshorn Bennecke in Binnhorst, vom Betriebsrat der Firma Tietze, AG, Leipzig,** der **Zeche Diergardt 2 in Ahlen,** der **Kokerei Thyssen 4/8 in Hamborn** und vom **Gesamtbetriebsrat der städtischen Arbeiter Breslaus** angenommen.

Gewerkschafter fordern Freilassung Bartls

In einer am Donnerstag, dem 24. November stattgefundenen Mitgliederversammlung des Deutschen Baugewerksbundes, Zahlstelle Bautzen wurde einstimmig eine an das Justizministerium gerichtete scharfe Protestresolution angenommen.

Der Ortsausschuß des ADGB Zittau, nahm auf Antrag der Opposition in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 24. November eine scharfe Entschließung gegen das Chemnitzer Todesurteil an, die an das sächsische Justizministerium gesandt wurde. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Gestern kam es in den Betriebsräumen der Ehepe in Zittau in den Abendstunden zu einer Kundgebung gegen das Chemnitzer Todesurteil. Ein revolutionärer Arbeiter protestierte in einer Ansprache gegen das Schandurteil gegen Bartl. In die Niederrufe gegen die Klassenjustiz stimmten die anwesenden Arbeiter ein.

In Pirna kam es in einer belebten Straße zu einer größeren Kundgebung revolutionärer Arbeiter die in stürmischen Protestrufe gegen das Chemnitzer Todesurteil ausbrachen und die Freilassung Bartls verlangten. Gegenüber der Küttnerschen Fabrik brachten revolutionäre Arbeiter in riesigen Lettern eine wirksame Losung an. Dies ist ein direkt ins Auge springender Appell zur Rettung Bartls vor dem Henkerbeil.

Die **Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes Ahlen-Süd** nahm eine Protestresolution gegen das Chemnitzer Todesurteil an und fordert vom Vorstand des Verbandes die Einleitung einer Protestaktion.

Eine **Konferenz der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter Dortmunds,** das **Gewerkschaftskartell Zella-Mehlis** sowie die **Zella-Mehliser Betriebsräte** fordern ebenfalls Aufhebung des Todesurteils.

Von den proletarischen Massenorganisationen, aus allen Schichten der Werktätigen laufen täglich in großer Zahl Entschriften von Protestresolutionen, die an das sächsische Justizministerium gerichtet sind, ein, so von der **KPD Radeberg,** der **KPD Tharandt,** von der **Roten Hilfe Gittersee,** von der **KPD Dorfhain,** von sämtlichen proletarischen Massenorganisationen in **Königsbrück,** vom Kampfbund **Hirschfelde.**

Konsum-Genossenschaftler für die Freilassung Bartls

Gestern fand eine von der Genossenschaftsopposition einberufene Versammlung der Verteilungsstellen 11 und 12 des Konsumvereins Dresden statt. Auch hier wurde eine Entschließung auf sofortige Freilassung Bartls angenommen. Nur der reformistische Vertreter Wehner stimmte dagegen.

Eine am Mittwoch tagende **Konferenz der Erwerbslosenausschüsse Groß-Dresdens und Umgebung** fordert ebenfalls die sofortige Freilassung Bartls und gelobt, alle Kräfte einzusetzen im Kampf gegen das Todesurteil, für die Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Laßt nicht nach in der Organisierung des Massensturmes gegen dieses faschistische Schreckensurteil! Mobilisiert die gesamte Arbeiterschaft zu Massenproteststreiks und außerparlamentarischen Protestaktionen. Der Arbeiter Bartl darf nicht getötet werden! Die Einheitsfrontaktion aller Arbeiter allein ist imstande, den Henker und der faschistischen Diktatur in den Arm zu fallen.

Verboten!

Berlin, 26. November 1932. (Eig. Drahtbericht).

Gestern ist das Zentralorgan der KPD, die Rote Fahne, erneut auf drei Wochen verboten worden. Verbotsgründe dürfen nicht veröffentlicht werden.

Die AIZ ist bis 11. Dezember einschließlich verboten worden. Es handelt sich bei der Verbotsbegründung um das Gedicht Erich Weinerts: „Der von der hohen Warte" in der Ausgabe vom 27. November, in dem eine Verächtlichmachung der Reichswehr erblickt wird.

Massenproteste aus den Betrieben, Massenwerbung neuer Abonnenten müssen die Antwort sein!

Faschistische Vorstöße gegen proletarische Jugendfeiern

Aus Chemnitz wird uns gemeldet:

Am Mittwochnachmittag wurde eine vom Ifa-Kartell einberufene Zusammenkunft der Arbeiterkinder, die sich für die Jugendfeier der Ifa angemeldet hatten, von der Polizei aufgelöst. An den Zugangsstraßen zum Versammlungslokal stand je ein Doppelposten der Landespolizei, gegenüber dem Lokal ebenfalls und im Lokal selbst war Kriminalpolizei. Dem Leiter der Zusammenkunft wurde mitgeteilt, daß den Kindern die Teilnahme an der Zusammenkunft verboten sei und diese sofort das Lokal verlassen müßten.

Das ist nicht der einzige Fall! Wir berichteten vor einigen Tagen bereits, daß der Pirnaer Schulrat die Anweisung an die Lehrer gegeben hat, die Eltern aller derjenigen Kinder zu denunzieren, die an den proletarischen Jugendfeiern teilnehmen. Die Eltern sollen dafür bestraft werden. Im Zusammenhang mit diesem unerhörten Vorgehen der faschistischen Kulturreaktion

Schulentlassungsfeiern von nichtreligiösen Kindern in keiner Weise zu behindern;

2. die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 6. August 1927 sofort zurückzuziehen.

Renner

und die übrigen Mitglieder der kommun. Landtagsfraktion"

Immer frecher erhebt die faschistische Reaktion ihr Haupt!

Die Arbeiter müssen diese faschistische Reaktion schlagen, indem sie in Massen Protestaktionen organisieren und alle revolutionären Arbeiter gegen diese frechen Vorstöße des Faschismus mobilisieren.

Neue ungeheuerliche Zuchthausurteile

Hamburg, 26. November. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Altonaer Sondergericht wurde am Mittwoch ein ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen drei Arbeiter und eine Arbeiterfrau gefällt, die bei der Verteidigung des Streiks in der Jutefabrik in Blüstedt im September Zusammenstöße mit Streikbrechern hatten. Zwei Arbeiter erhielten je ein Jahr Zuchthaus für die Verteidigung des Streiks gegen Lohnabbau, ein Arbeiter drei Monate und die Arbeiterfrau einen Monat Gefängnis.

Das Sondergericht in Gladbach-Rheydt verhandelte am 23. November gegen einen Reichsbannerarbeiter wegen Landfriedensbruches. Die Nazis waren an dem Saal, in dem er arbeitete, vorbeigekommen und provozierten ihn. Es kam zu einem Zusammenstoß. **Das Gericht verurteilte den Reichsbannerarbeiter auf Grund der Notverordnung Hindenburgs zu 18 Jahren Zuchthaus!**

Auch mit derartigen Schreckensurteilen kann die Bourgeoisie den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen den Faschismus nicht unterdrücken. Immer fester schließt sich die Einheitsfront, immer breiter und stärker werden ihre Reihen. Im revolutionären Massenkampf wird die Einheitsfront aller Arbeiter Klassenjustiz, Sondergerichte und faschistische Diktatur hinwegfegen!

Proteststreiks gegen die Sondergerichtsjustiz

In Bonn haben die Arbeiter der Vereinigten Leichtmetallwerke einen halbtägigen Proteststreik gegen die Urteile der Sondergerichte durchgeführt. Die 200 Mann starke Belegschaft nahm eine Resolution an, die sofortige Freilassung aller proletarisch-politischen Gefangenen fordert.

brachte die kommunistische Landtagsfraktion folgenden Antrag ein:

„Die Polizeibehörden gehen auf Anweisung der Schulbehörden dazu über, die Vorbereitungskurse zur Schulentlassung für nichtreligiöse Kinder zu verhindern oder aufzulösen.

Die Behörden berufen sich dabei auf die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 6. August 1927.

Diese Maßnahmen sind eine unerhörte Mißachtung der weltanschaulichen Einstellung von Proletariereltern und ihrer Kinder.

Wir beantragen deshalb:

1. die Behörden sofort anzuweisen, die Vorbereitungskurse für

in Erscheinung getreten ist. Sogar den Etat, den für die Massen gewaltige Steuerlasten und unermeßliches Elend bedeutenden Haushaltplan, haben diese sozialdemokratischen Führer der Schiebregierung bewilligt. Sie haben die Schiebregierung nicht nur offen toleriert, sondern sind ja selbst — nicht minder auch die Nationalsozialisten — im Apparat der Schiebregierung verankert. Sogar in jenem Justizapparat, durch den die Arbeiter hinter Gittern verbannt werden, sitzen SPD-Führer, wie der Landgerichtspräsident Neu, wie der Ministerialrat Schröter, der sogar im Justizministerium sitzt und für die gegen die Arbeiterklasse gerichteten Justizmaßnahmen mit verantwortlich ist.

Und wenn die sozialdemokratische Presse, die bisherige Landtagspräsidentschaft Weckels „eine Position" nennt, von der aus es möglich war, „dem Schrei der gequälten Massen im Landtag Ausdruck zu verschaffen", so erklimmt sie mit dieser Behauptung die Höhe des Schwindels, den wir durch die Feststellung von nur ein paar Tatsachen, aus der großen Fülle der Präsidentschaftspraxis Weckels anprangern wollen:

Als die Kommunisten in der Landtagssitzung am 6. Juli Amnestieanträge einreichten, lehnte Weckel deren Behandlung ab obwohl sie bereits gedruckt vorlagen. Kommunistische Abgeordnete wurden sogar mit dem Hinauswurf bedroht. In der Landtagssitzung vom 8. Juli brachten die Sozialdemokraten schließlich gemeinsam mit den Bürgerlichen und den Nazis den kommunistischen Amnestiegesetzentwurf zu Fall.

Und das schmutzige Spiel, das Weckel erst in der jeden stattgefundenen Landtagssitzung getrieben hat, ist doch eine noch deutlichere Kennzeichnung dieses durch seine faschistischen Gewaltmethoden besonders berüchtigt gewordenen und nunmehr gewesenen SPD-Landtagspräsidenten.

Die Arbeiter wissen, das Landtagspräsidium war keine „proletarische Position". Weckel war dort der Präsident der sächsischen Bourgeoisie. Die Arbeiter haben gesehen, wie am 20. Juli die Severing und Konsorten „Positionen" ausgeliefert haben. Die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie versucht durch Zernierung der Kampfbewegung das gesamte Proletariat an weiteren blutigen Terror und Massenbelastungen auszuliefern.

Das demagogische Geschrei und Geschimpfe und alle schmutzigen Manöver werden die Arbeiter nicht täuschen. Sie, die bei den Wahlen vom 31. Juli, 6. und 13. November ihr Bekenntnis für den revolutionären Massenkampf unter dem Banner des Kommunismus zum Ausdruck gebracht haben, sie werden unter der Führung der KPD ihren Kampf verstärken und in noch größerem Maße, mit noch schnellerem Tempo die noch unklaren und schwankenden Anhänger der Sozialdemokratie in die vorderste kämpfende Einheitsfront einbeziehen!